



DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

II-1539 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

718 / A.B.  
ZU 717 / J.  
Präs. am 8. Sep. 1972

Zl. 17.915-Präs.G/72

7. Sep.

Parlamentarische Anfrage Nr. 717/J  
der Abgeordneten Dr. Frauscher,  
Helga Wieser und Genossen;  
betreffend Tätigkeit des Arbeits-  
kreises für wirtschaftliche Um-  
weltpolitik.

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Anton Benya

Parlament

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 717/J, welche die Abgeordneten Dr. Frauscher, Helga Wieser und Genossen am 9. Juli 1972 an mich richteten, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ist - wie bereits zur Anfrage 688/J vom 16. 6. 1971 mitgeteilt - Mitglied des beim Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz als zentrale Koordinationsstelle für die gesamte Bundesverwaltung errichteten Interministeriellen Komitees für Umwelthygiene. Neben seiner Mitarbeit in diesem Komitee schuf das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie den Arbeitskreis für wirtschaftliche Umweltpolitik. Es trug hiemit dem Umstand Rechnung, daß dem Umweltschutz neben einer volksgesundheitlichen auch eine eminent wirtschaftliche Bedeutung zukommt. Der Arbeitskreis für wirtschaftliche Umweltpolitik geht im engen Einvernehmen mit dem vorerwähnten Interministeriellen Komitee für Umwelthygiene vor.

- 2 -

Der Arbeitskreis hat sich bei seiner konstituierenden Sitzung am 29. 3. 1971 selbst ein Arbeitsprogramm gegeben: das bei verschiedenen Stellen insbesondere der Bundeskammer, Arbeiterkammer und dem Österreichischen Produktivitätszentrum vorhandene Unterlagenmaterial soll zu einer zentralen Dokumentation zusammengefaßt werden;

Eine Übersicht über die österreichische Produktion von Einrichtungen zum Umweltschutz soll hergestellt werden. Weiters soll ein Überblick über die im Zusammenhang mit dem Umweltschutz insbesondere für die Wirtschaft zu erwartenden Kosten geschaffen werden. Der Arbeitskreis wird einen Überblick über die einschlägigen Forschungsvorhaben vermitteln. Weiters wird der Arbeitskreis einen laufenden Kontakt zwischen den mit den wirtschaftlichen Aspekten des Umweltschutzes befaßten Stellen herstellen und damit zur Koordinierung deren Bemühungen beitragen.

Neben Vertretern des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie gehören dem Arbeitskreis auch Vertreter der Wissenschaft, der Kammern und Interessensvertretungen sowie als Beobachter Vertreter anderer Ressorts an.

In der Zwischenzeit konnte mit dem Aufbau der Dokumentation für ökonomisch-technologische Umweltfragen begonnen werden. Die enge Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Arbeiterkammertag, der Bundeswirtschaftskammer, dem Produktivitätszentrum und anderen einschlägigen Institutionen stellt sicher, daß die dortige Dokumentationsarbeit für die Dokumentation im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mitverwertet wird.

Die über Anregung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie in Angriff genommene Zusammenstellung jener österreichischer Firmen, die Umweltschutzeinrichtungen (Kläranlagen, Abfallbeseitigungsanlagen, Filter usw.) erzeugen bzw.

- 3 -

entwickeln und umweltfreundliche Produktionsverfahren ausgearbeitet haben, wurde nunmehr von der Bundeswirtschaftskammer abgeschlossen. Damit ist eine Übersicht über wirksame und kostengünstige umweltschützende Anlagen und Verfahren österreichischer Provenienz geschaffen, die sowohl für die Wirtschaft selbst als auch für die zuständigen Behörden einen nützlichen Entscheidungsbehelf darstellt. Sie wird der Öffentlichkeit am 11. September vorgestellt werden.

Auch für eine Forcierung des Exports solcher Fabrikate wird diese Zusammenstellung gute Dienste leisten.

Aus der Erkenntnis, daß bestimmte wirtschaftliche Aspekte des Umweltschutzes nicht allein aus nationaler Sicht betrachtet werden können, wurde im Rahmen des Arbeitskreises für wirtschaftliche Umweltpolitik eine Expertengruppe konstituiert. Diese Gruppe koordiniert die Haltung, die österreichischerseits sodann im Ausschuß der OECD zur Bearbeitung der Umweltfragen der Papier- und Zellstoffindustrie eingenommen wird und befaßt sich mit der Auswertung der Ergebnisse dieser internationalen Besprechungen.

Derzeit werden Überlegungen bezüglich der In-Auftraggabe einer Untersuchung über die kostenmäßige Gesamtbelastung der österreichischen Volkswirtschaft durch Maßnahmen des Umweltschutzes angestellt.

Nicht unmittelbar in Verbindung mit dem ursprünglichen Arbeitsprogramm des Arbeitskreises steht eine Reihe von Aktivitäten des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie auf dem Gebiet des Umweltschutzes, die jedoch wegen des sachlichen Zusammenhanges erwähnt werden müssen:

In den Monaten Februar/April wurde eine Vortragsfolge über technisch-ökonomische Fragen des Umweltschutzes durchgeführt, die dann im Juli d.J. mit einer allgemeinen Diskussionsveranstaltung abgeschlossen wurde. Insgesamt wurden durch Exper-

- 4 -

ten aus Hochschulen und Wirtschaft 8 Vorträge gehalten, die Besucherzahlen bis über 200 Personen je Vortrag aufwiesen und daher das außerordentliche Interesse der Wirtschaftskreise belegen. Durch eine anschließende Fragebogenaktion wurde eine als repräsentativ anzusehende Übersicht jener Probleme erhalten, deren Behandlung als besonders vorrangig angesehen wird. Durch die Auswertung der rund 100 eingegangenen Antworten konnten Prioritäten für die Behandlung des gesamten Problembereiches erarbeitet werden. Diese können herangezogen werden, um etwa weitere Veranstaltungen des Ressorts durchzuführen, über deren Form zu gegebener Zeit noch zu entscheiden wäre.

Um die Vorträge angesichts der Interessennahme breiteren Kreisen zugänglich zu machen, werden sie als Sonderdrucke im Rahmen der Zeitschrift "Umweltschutz" zur Veröffentlichung gelangen. Das Erscheinen des 1. Sonderheftes steht in Kürze bevor, wobei zunächst 3 Vorträge zusammengefaßt wurden.

Im Rahmen der Bemühungen zur Herabsetzung des Bleigehaltes in Benzin wurden 2 Verordnungen erlassen. Ab 1. 10. 1971 wurde der Bleigehalt im Benzin auf 0,7 g je Liter und ab 1. 1. 1972 auf 0,4 g je Liter herabgesetzt.

In der österreichischen Delegation zur UNO-Umweltkonferenz in Stockholm im Juni 1972 war das Handelsressort durch einen Vertreter beteiligt, nachdem das Ressort bereits bei den Vorbereitungsarbeiten hinsichtlich der Interessen des Wirtschaftssektors teilgenommen hat.

Im Ausschuß der Wirtschaftsexperten beim UW-Komitee der OECD konnte im April 1972 die Mitarbeit aufgenommen werden.

Im Rahmen des interministeriellen Komitees für Umwelthygiene, welches vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

- 5 -

fortgeführt wird, hat das Handelsressort den Vorsitz im Arbeitskreis für Abfallstoffe übernommen.

Für den Bereich der Zuständigkeiten des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wurden 2 Broschüren herausgebracht, welche die wichtigsten Faktoren der Umweltverschmutzung sowie die bestehenden Rechtsgrundlagen auf dem Gebiet des Umweltschutzes zusammenfassen.

Am 4. Juli wurde nach Abschluß des Begutachtungsverfahrens vom Ministerrat der Entwurf einer neuen Gewerbeordnung angenommen und dem Parlament als Regierungsvorlage zugeleitet. Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie war bei der Ausarbeitung der neuen Gewerbeordnung bemüht, dem Grundsatz des Umweltschutzes zum Durchbruch zu verhelfen. In diesem Sinne wurde z.B. das Genehmigungsverfahren für Betriebsanlagen ausgebaut und der Schutz des Kunden in dieses Verfahren neu aufgenommen. Weiters wurde der Behörde die Möglichkeit eingeräumt, im Falle von Arbeiten außerhalb der Betriebsanlage z.B. auf Baustellen erforderlichenfalls mit Bescheid geeignete Aufträge zu erteilen, um die Gefährdung von Menschen oder eine unzumutbare Belästigung von Nachbarn zu vermeiden.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie beteiligte sich an der Ausarbeitung der ERP-Richtlinien, die nunmehr den Umweltschutz als Schwerpunkt vorsehen: "Förderung von Investitionsvorhaben für die Produktion von Anlagen zur Reinhaltung der Gewässer und der Luft sowie zur Beseitigung von Abfällen und zur Lärmbekämpfung; darüberhinaus in berücksichtigungswürdigen Fällen auch Förderung der Anschaffung solcher Anlagen."

- 6 -

Der Fortschritt bei der Verwirklichung des seinerzeitigen Arbeitsprogrammes sowie die Besprechung der sonstigen, vom Ressort durchgeführten oder in Angriff genommenen Umweltschutzmaßnahmen rechtfertigt die Einberufung einer weiteren Sitzung des Arbeitskreises für wirtschaftliche Umweltpolitik. Eine derartige Sitzung wird daher noch in diesem Jahr einberufen werden.

Francis